

INTERPELLATION
der UDC/SVP-Fraktion, durch Grossrat Alexandre Caillet, betreffend Gewerbepolizei
(14.03.2006) 1.060

Die Schliessung eines Cafés in Martigny hat nicht nur viel Staub aufgewirbelt, sondern auch gezeigt, wie wenig Hilfe die Besitzer von öffentlichen Betrieben von der Polizei (Gemeinde und Kanton) oder der Justiz bei der Erhaltung der Ordnung in ihren Betrieben erwarten können. Diese Aufgabe wird immer schwieriger, insbesondere im Fall von Betrieben, die von Jugendlichen besucht werden. Dies erst recht, wenn sich die Besitzer mit entwurzelten und gewaltbereiten Immigranten konfrontiert sehen. Immigranten, die nur allzu oft ungestraft Drohungen gegenüber den Besitzern ausstossen und bei denen selbst ein Lokalverbot ohne die entschlossene Unterstützung der Polizei nichts nützt. Wenn man ausserdem das Ergebnis der eingeleiteten Verfahren sieht (die Angeklagten werden umgehend wieder auf freien Fuss gesetzt, die Verfahren ziehen sich endlos hin, es kommt kaum zu Strafen ohne Bewährung, usw.), kann man durchaus verstehen, dass die Besitzer von öffentlichen Betrieben die Haltung der Polizei nicht mehr akzeptieren. Diese Haltung besteht oft in einem blossen Abwarten bis zur Einreichung einer Strafanzeige, von der der Kläger genau weiss, dass sie kaum eine Chance auf Erfolg hat.

Die Hilfe, die Besitzer von öffentlichen Betrieben in diesem Bereich erwarten dürfen, ist klar Teil der Aufgaben einer bürgernahen Polizei, also in erster Linie der Gemeindepolizei (jedenfalls da, wo es eine Gemeindepolizei gibt und wo die nötigen Mittel vorhanden sind). Seit einigen Jahren neigt die Kantonspolizei dazu, solche Aufgaben zu vernachlässigen. Dies führt wiederum zu einer wachsenden Verunsicherung unter der Walliser Bevölkerung, die vor allem in unseren Städten mit asozialem Verhalten und Unsicherheit konfrontiert ist.

Aus diesem Grund möchten wir vom Staatsrat wissen;

- ob die Kantonspolizei über genügend Personal verfügt, um den Besitzern von öffentlichen Betrieben die Hilfe zu gewährleisten, die man von ihr - in Zusammenarbeit mit der Gemeindepolizei - bei der Aufrechterhaltung der Ordnung in diesen Betrieben erwarten kann, namentlich im Zusammenhang mit Lokalverboten;
- ob die geltenden Gesetzesgrundlagen ausreichen, um der Kantonspolizei die effiziente Ausübung dieser immer schwieriger werdenden Aufgabe zu ermöglichen;
- ob besondere Massnahmen ergriffen werden sollten (wenn ja welche und innerhalb welcher Frist). Gegebenenfalls können solche Massnahmen in Zusammenarbeit mit der Gemeindepolizei ergriffen werden, um den Besitzern von öffentlichen Betrieben die nötige Hilfe bei der Aufrechterhaltung der Ordnung in ihren Betrieben zu gewährleisten. (Personalaufstockung bei der Polizei, Gesetzesänderungen, usw.)

Sitten, den 14. März 2006
(09.00 Uhr)

UDC/SVP-Fraktion, durch
Alexandre Caillet, Grossrat